

Gemeinde Hövelhof
Der Bürgermeister

Sperrfrist: 18.11.2004, 19.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Gäste!

Ein historisches Gebäude ziert die Titelseite des Haushaltsplanes 2005 der Gemeinde Hövelhof, den ich heute erstmalig zusammen mit dem Kämmerer einbringen werde: Es handelt sich unverkennbar um unser fürstbischöfliches Jagdschloss, heute Wohnort des katholischen Gemeindepfarrers.

Das Jagdschloss ist Zeichen einer traditionsbewussten und trotzdem zukunftsfähigen Gemeinde. Das Jagdschloss ist Symbol einer wechselseitigen Geschichte von der fürstbischöflichen Regierung bis zur freien Selbstbestimmung, die wir mit Unterbrechung seit 1806 in Anspruch nehmen. Freie Selbstverwaltung bedeutete bislang auch, über die eigenen finanziellen Mittel überwiegend selbst und frei verfügen zu dürfen. Nach der Gemeindeordnung ist es Aufgabe des in demokratisch gewählten Gemeinderates, die finanziellen Rahmenbedingungen für das jeweils kommende Haushaltsjahr vorzugeben.

Wie sieht diese freie Verantwortung heute aus:

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Hövelhof sieht im Verwaltungshaushalt für 2005 ein Gesamtvolumen von rund 19,5 Mio. vor. Fast der gesamte Kuchen ist jedoch bereits vorab durch rechtliche Normen und vertragliche Verpflichtungen verteilt und steht für Sie, verehrte Gemeinderatsmitglieder gar nicht mehr zur freien Entscheidungsfindung.

Größter Ausgabeblock ist wiederum die Kreisumlage, die über 35 % des Ansatzes verschlingt. Gegenüber dem Vorjahr ist hier eine Steigerung von rund 600.000 € zu verbuchen.

Hier werden die negativen Auswirkungen des Hartz IV-Gesetzes, mit denen den Gemeinden eine Entlastung von bundesweit 2,5 Milliarden € suggeriert wurde, für Hövelhof überdeutlich. 40 % der Gesamtsozialhilfeausgaben wurden bislang direkt von den Kommunen gezahlt. Hiervon haben wir bislang besonders profitiert, da unser Sozialhilfeanteil am Gesamtanteil des Kreises nur halb so groß war, wie unser Bevölkerungsanteil. Da wir nun die kompletten Kosten der neuen Leistungen aus dem Kreistopf mitbezahlen müssen, kostet uns allein der Wegfall dieser Eigenbeteiligung mehr als 300.000 €. Unsere gute, arbeitsplatzschaffende Wirtschaftspolitik und die auf Eigenverantwortung setzende Sozialpolitik in Hövelhof wird nun nicht mehr belohnt. Es passiert nun genau das, was vor Einführung der Eigenbeteiligung stattfand: Jeder Euro, der in einer kreisangehörigen Kommune für Sozialleistungen ausgegeben wird, wird nun auch den anderen Kommunen wieder anteilig in Rechnung gestellt. Mit fatalen Folgen für eine auf Eigenverantwortung bedachte, wirtschaftsfreundliche Kommune wie Hövelhof.

Gleichzeitig rechnet die Kreisverwaltung mit Mehrbelastungen durch Hartz IV von 4,7 Mio. €. Eigentlich hatte der Bund den Kommunen eine Entlastung von 2,5 Milliarden Euro versprochen. Eine Revisionsklausel sieht vor, dass der Bund bei Mehrbelastungen entsprechenden Ausgleichszahlungen leistet. Diese werden nach Expertenmeinung jedoch voraussichtlich überwiegend an uns vorbei in die ostdeutschen Kommunen fließen.

Es kann nicht sein, dass die Gemeinden an diesen noch nicht bewiesenen Mehrbelastungen in vorseilendem Gehorsam durch eine Erhöhung der Kreisumlage beteiligt werden. Die Bürgermeister haben den Landrat daher aufgefordert, dass erwartete Defizit offen auszuweisen. Uns fehlen die durch eine Erhöhung der Kreisumlage entzogenen Gelder im kommenden Jahr sehr schmerzlich, da dringend

notwendige Investitionen im Straßenbau und in der Schulunterhaltung weiter verschoben werden müssen.

Harz IV, und das sage ich ganz deutlich, ist nach der Grundsicherung innerhalb von zwei Jahren die zweite unausgelegene Maßnahme der Bundesregierung, die unmittelbar unsere Kommunen belastet und uns zudem zwingt, mit der überbürokratisierten Bundesagentur für Arbeit zusammenzuarbeiten.

25,97 % unserer Ausgaben sind Personalausgaben. Das öffentliche Dienstrecht sieht bestimmte Normleistungen vor, die unabhängig von der Qualität der Arbeit gezahlt werden. Der lang gehegte Wunsch nach leistungsgerechter und flexibler Bezahlung ist im Tarif- und Besoldungsrecht noch immer nicht vorgesehen. Das Beamten- und Tarifrecht bedarf einer dringenden Reformierung, damit auch in den Kommunen eine strategische und bedarfsabhängige Personalentwicklung stattfinden kann. Auch über die gänzliche Abschaffung des Berufsbeamtentums muss meines Erachtens dringend nachgedacht werden.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Gemeinde Hövelhof in den vergangenen Jahren trotz wachsender Aufgaben einen rigiden Stellenabbau durchgeführt hat. Ich erinnere allein an die Zusammenlegung der Amtsleiterstelle von Sozial- und Ordnungsamt, Einsparung der Standesbeamtenstelle im Bürgeramt und die Neuordnung des Bauamtes. Auch der Bauhof wurde fast halbiert und setzt sich heute aus einer zehnköpfigen, schlagkräftigen Truppe zusammen. Jede Stelle wird auch in Zukunft sehr genau auf ihre Notwendigkeit überprüft. Dabei darf jedoch insbesondere der Bürgerservice nicht zu kurz kommen. Einsparpotentiale ergeben sich vielmehr in der Eigenverwaltung, ein großes Problem unserer Behördenkultur. In Deutschland beschäftigen sich die Verwaltungen immer noch viel zu sehr mit sich selbst und stellen dabei ihre eigentliche Aufgabe zu weit in den Hintergrund. Deutschland benötigt dringend einen drastischen Abbau der Verwaltungs- und Rechtsvorschriften, die sinnlos unsere wertvolle Zeit beansprucht und unser gesamtes System lähmt. Auch in unserem Hause werde ich jede

Dienstanweisung auf den Prüfstand stellen, um im Bürokratieabbau weitere Einsparpotentiale zu finden.

Und noch ein weiterer Punkt zum Stichwort "Freie Selbstverwaltung nach heutigen Maßstäben":

Das Land hält die Gemeinden heute mehr denn je am goldenen Zügel. Es entzieht beispielsweise der Gemeinde Hövelhof frei verfügbare Gelder in Höhe von 1 Mio. € für Gewerbesteuerumlage und Solidarbeiträge, um sie anschließend teilweise als zweckgebundene Zuweisungen, wie beispielsweise bei der Schul-, Sport oder Investitionspauschale zurück zu zahlen. Das Land möchte hiermit genau nachvollziehen, welche Gelder, wofür ausgegeben werden. Es traut den Gemeinden nicht zu, die Gelder in Eigenregie zu verwalten. Liebes Land NRW im föderalistischem System der Bundesrepublik: "Lasst uns unsere geringen Einnahmen und macht Schluss mit der ideologischen Umverteilung unter dem Deckmantel der Solidargemeinschaft."

Ich bin froh darüber, dass wir in Hövelhof viele Vereine und ehrenamtlich tätige Kräfte haben, die nicht immer gleich nach der Gemeinde rufen, wenn etwas fehlt, die nicht jammern wenn einmal die Mittel knapp werden, sondern die selbst das Ruder eigenverantwortlich in die Hand nehmen und unsere Gesellschaft maßgeblich tragen. Deshalb haben wir im Haushaltsplanentwurf auch in diesem Jahr noch keine Kürzungen bei den freiwilligen Zuschüssen vorgesehen.

Kommen wir zum Vermögenshaushalt, der dieses Jahr ein Volumen von 3,9 Mio. € hat.

Nach dem Stabilitäts- und Wirtschaftsgesetz ist die öffentliche Hand aufgefordert, sich antizyklisch zu verhalten und müsste in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation viel mehr investieren. Dies wäre jedoch mit einer neuen Kreditaufnahme verbunden, die auch wir nicht vertreten können. Kreditaufnahmen wurden bis Ende der 60 er Jahre in einem "unordentlichen Haushalt" verbannt und waren verpönt. Es

war der größte Fehler des Gesetzgebers, die Kreditaufnahmen seinerzeit zu erleichtern. Gemeinden, die nicht auf diesen Zug aufgesprungen sind, stehen heute gesünder dar und werden am längsten überlebensfähig sein.

Wir können nicht unsere Rücklagen verfrühstücken und gleichzeitig unseren Kindern einen Schuldenlast hinterlassen, die sie erdrücken wird. An Zins- und Tilgungslasten aus Krediten vergangener Jahre sind im kommenden Jahr 682.000 € vorgesehen. Summen, die wir heute sehr gut für Investitionen gebrauchen könnten. Den höchsten Schuldenstand verzeichneten wir im Jahre 2000 mit 9,5 Mio. €. Ende 2005 wird der Schuldenberg auf 7,7 Mio. € abgebaut sein. Trotz vieler Begehrlichkeiten muss die Tendenz hier weiter nach unten weisen, zumal fast alle Hausaufgaben in Hövelhof gemacht sind.

Der Vermögenshaushalt sieht daher in diesem Jahr nur noch Ausgaben von 3,9 Mio. € vor. Mit 325.000 € fließt der größte Einzelbetrag in den dringend notwendigen Endausbau der Straßen im Bebauungsplan "Feldhagen". Der Zustand der Baustraßen dort ist derart marode, dass wir nicht daran vorbeikommen, den Bürgern vernünftige Straßenflächen zu bieten.

Größere investive Maßnahmen sind in der Kirchsule vorgesehen. Knapp 380.000 € fließen in die Herrichtung der Räumlichkeiten für eine offene Ganztagschule. Hierdurch soll sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch der Bildungs- und Erziehungsauftrag weiter gestärkt werden.

An der Kirchsule hat sich eine Initiative gegründet, die sich für die Neugestaltung des Schulhofes stark macht. Dieses ehrenamtliche Engagement gilt es zu stützen. Sie ist Teil der von mir gewünschten und in Hövelhof an vielen Stellen zu findenden Bürgergesellschaft. Wir haben daher in den Entwurf einen Zuschuss von 30.000 € eingebracht, der den Verein bei seinen Bestrebungen helfen soll. Selbstverständlich wird die Gemeinde bei dem Vorhaben auch logistische Unterstützung leisten.

264.000 € sind für die Medienausstattung in den Klassenräumen unserer Haupt- und Realschule vorgesehen. Nur durch die praktische Arbeit an den modernen Medien werden unsere Schüler auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet. Unsere Schüler erhalten durch das neue Schulungsangebot einen sehr wertvollen Wettbewerbsvorteil bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle.

Ein Herzensanliegen ist mir die Herrichtung einer Skaterbahn zwischen HOT und Krollbachschule, für die 15.000 € veranschlagt sind. Sie kann bei starkem Frost auch als Eislaufbahn genutzt werden kann. Diese Bahn gehörte zu den großen Wünschen unserer Hövelhofer Jugend und ist fester Bestandteil der neu ausgerichteten Jugendarbeit in Hövelhof.

Die Gemeinden befinden sich im Wettbewerb um Einwohner und Gewerbetreibende. Die Bevölkerungsentwicklung zwingt uns dazu, weitsichtig und strategisch zu denken. Wir müssen unsere wertvollen Standortvorteile rechtzeitig sichern.

Nur gesunde Gemeinden werden in der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung weiter wachsen. Für Hövelhof wird im Gegensatz zum Bundestrend bis zum Jahr 2020 eine Steigerung der Einwohnerzahlen auf 17.000 prognostiziert.

Bereits zum kommenden Sommer werden daher am Grünen Weg knapp 40 neue Baugrundstücke entstehen. Für die Baustraßen sind rund 200.000 € veranschlagt. Aus dem Verkauf dieser Grundstücke resultiert mit mehr als 1 Mio. € auch unser größter Einnahmeblock.

Auch wirtschaftlich sieht die Gebietsentwicklungsplanung weitere Expansionsmöglichkeiten vor. Die Gemeinde ist stolz auf den gesunden Branchenmix. Das IHK-Gutachten bescheinigt uns eine gute Wirtschaftspolitik, die es noch besser darzustellen gilt. Ein verbessertes Marketing soll ab dem kommenden Jahr unser Hövelhof im Standortwettbewerb noch besser positionieren. Auch unsere

heimische Wirtschaft ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht verschont geblieben und hat teilweise auch mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Unsere wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, ist von 5,7 auf 4,2 Mio. € eingebrochen. Es wäre daher kontraproduktiv, dies durch eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze auszugleichen.

Wir haben in Hövelhof weiterhin einen um 13 Punkte günstigeren Hebesatz, als den vom Land gewünschten fiktiven Hebesatz von 403 Punkten. Wir werden dafür beim Finanzausgleich hart bestraft und verzichten auf rund 236.000 €.

Auch dies zu meinen eingangs erwähnten Ausführungen zum Thema "Freie Selbstverwaltung und goldener Zügel des Landes."

Wir halten dem Druck jedoch auch im Jahr 2005 noch einmal stand und schlagen den einheimischen Firmen, die in Hövelhof über 3.500 Arbeitsplätze schaffen, in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht zusätzlich mit "der Faust ins Gesicht". Wir laden sie vielmehr ein, von den Hövelhofer Standortvorteilen zu profitieren und weiter zu investieren.

Auch eine Erhöhung der Grundsteuer oder anderer Gebühren sollten im kommenden Jahr noch nicht vorgenommen werden, obwohl uns "das Wasser bis zum Halse" steht. Eine Kreisumlage, kann ich schnell erhöhen. Hier schimpfen meistens nur 10 Bürgermeister, der Bürger merkt davon unmittelbar nichts. Aber für Steuer- und Gebührenerhöhungen muss der Gemeinderat sich vor 16.000 Hövelhofer Einwohnern rechtfertigen, die kein Verständnis dafür haben, wenn eine solche Maßnahme noch einmal hätte abgewendet werden können.

Und derartige Erhöhungen können im kommenden Jahr noch einmal abgewendet werden. Auch wenn wir dafür auf unsere letzten Reserven zurückgreifen und den Ausgleich nur durch einen erneuten Rückgriff auf die allgemeine Rücklage schaffen. Dies, meine Damen und Herren, ist jedoch gleichzeitig der "letzte Schluck aus der einstmal

gefüllten Flasche", die anschließend nicht einmal mehr den "Tropfen auf den heißen Stein" beinhalten wird.

Ab 2006 ist Schluss und mit "der Legende von Kämmererfalten" und "es wird schon wieder". Ab 2006 müssen wir bei gleich bleibender Konjunktur den gesamten Haushalt, jede einzelne Haushaltsstelle prüfen, hinterfragen und kürzen. So schmerzlich dies auch sein mag, so laut die Lobbyisten auch schreien: Bevor wir in das Haushaltssicherungskonzept rutschen und jede Position von unserer Aufsichtsbehörde genehmigen lassen müssen, werden wir selbst streichen müssen. Steuererhöhungen dürfen nur das aller letzte Mittel sein.

Gleichzeitig muss in den nächsten vier Jahren auch die Umstellung des kameralistischen Systems auf die doppelte Buchführung vollzogen werden. Die Eröffnungsbilanz lässt bereits jetzt nichts Gutes erahnen. Spätestens dann wird noch uns allen noch offenkundiger, wo wir tatsächlich stehen.

Bevor der Kämmerer Ihnen die weiteren Haushaltsansätze erläutern wird, möchte ich noch einmal zusammenfassen:

Für das Jahr 2005 legen wir Ihnen einen nach der Gemeindeordnung ausgeglichenen, strukturell jedoch unausgeglichenen Haushalt vor, der die allgemeine Rücklage unter den Mindestbestand fährt. Er sieht keine Steuer- und Gebührenerhöhungen und keine Kürzungen im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich vor. Er beinhaltet nur wenige, jedoch dringend erforderliche investive Maßnahmen.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates. Jetzt sind Sie gefragt. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und gute, fruchtbringende Beratungen.

Herzlichen Dank.